

EXPERT PAPER

Stefan Goertz

RECHTSEXTREMISTEN UND STAATSLEUGNER IN EUROPA –

**Aktuelle Ideologieelemente, Trends und
Akteure**

März 2022



E·I·C·T·P

Impressum

Das Europäische Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP) ist ein weltweit tätiges Forschungsinstitut mit Sitz in Wien, Österreich. Als non-profit-Institution liegt der Schwerpunkt von EICTP auf Schlüsselthemen rund um sicherheitspolitische Fragen. Sie führt Projekte mit namhaften Partnern im In- und Ausland durch, unterhält enge Beziehungen zu hochrangigen Forschungsinstitutionen und einem Netzwerk prominenter Experten und Wissenschaftler, bietet profunde Aktionen, Konsultationen und Strategien zur Terrorismusbekämpfung, hybride Konflikte und De-Radikalisierungsmaßnahmen und zielt darauf ab, auf der Grundlage von Forschungs- und Expertenbewertungen für Entscheidungsträger politische Empfehlungen zu erarbeiten.

Adresse:

Europäisches Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP)

Esslinggasse 17/5, 1010 Wien, Österreich

www.eictp.eu

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: EICTP

Ort der Veröffentlichung: Esslinggasse 17/5, 1010 Wien

Lektorat und formale Bearbeitung: EICTP

Grafikdesign: Citypress GmbH

Print: Citypress GmbH

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieser Veröffentlichung wurden mit größter Sorgfalt recherchiert und erstellt. EICTP übernimmt keine Garantie für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der erteilten Informationen. Weder EICTP noch andere an der Erstellung dieser Veröffentlichung beteiligte Parteien haften für Schäden jeglicher Art, die sich aus der Nutzung, Anwendung oder Verbreitung der bereitgestellten Informationen ergeben. Sollte diese Veröffentlichung Verweise auf andere Medien Dritter enthalten, auf die EICTP keinen Einfluss nehmen kann, so wird keinerlei Haftung für solche Inhalte übernommen. Für die Richtigkeit der Inhalte der bereitgestellten Informationen ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich. Der Inhalt dieses Berichts spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Position des EICTP wider.

Copyright: Alle in diesem zusammenfassenden Forschungsbericht veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung von EICTP ist jegliche Art von Vervielfältigung, Verbreitung, Änderung oder Vervielfältigung nicht gestattet, sowohl gegen Bezahlung als auch kostenlos.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Hintergrund	4
2	Aktuelle Trends und Akteure	6
2.1	Neonazis	6
2.2	„Subkulturell geprägte Rechtsextremisten“	7
2.3	Die „Neue Rechte“	8
2.4	Die „Identitäre Bewegung“, die „Identitären“ in Europa	11
3	Staatsleugner sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“	19
3.1	Staatsleugner sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in der Pandemie	22
3.2	Gewaltbereitschaft und Gewalt von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“	23
4	Rechtsextremistische und staatsleugnende Ideologieelemente, Narrative und Verschwörungserzählungen	26
4.1	Aktueller Trend: Muslim- und Islamfeindlichkeit.....	27
4.2	Die Verschwörungserzählungen QAnon, „deep state“ und „the great reset“	30
5	Die Strategie der Neuen Rechten in der Corona-Pandemie in Österreich	35
6	Fazit und Ausblick	37
7	Autor	39
8	Referenzen	40

1 Einleitung und Hintergrund

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus stellen aktuell und potenziell für viele Jahre wesentliche Bedrohungen für die europäischen Demokratien dar. Dies zeigt sich besonders in Deutschland, wo das Personenpotenzial von Rechtsextremisten ein historisches Niveau erreicht hat und in den letzten Jahren zahlreiche rechtsterroristische Anschläge verübt bzw. von den Sicherheitsbehörden vereitelt wurden.

Der Trend weg vom „alten“ Rechtsextremismus, hin zum „neuen“ Rechtsextremismus bringt neue Akteure mit sich, die neue Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden darstellen.

Für die Sicherheitsbehörden in Europa bedeutet das Internet als potenzieller Radikalisierungsfaktor für rechtsterroristische Einzeltäter, dass zu den organisierten Strukturen gewaltbereiter Rechtsextremisten – in Deutschland aktuell über 13.300¹ – ein unüberschaubares Spektrum von Menschen hinzukommt, das Gefahr läuft, durch Verschwörungserzählungen/-Mythen, rechtsextremistische Ideologieelemente in Narrativen und Propaganda radikalisiert zu werden. Dieser Radikalisierungsfaktor stellt eine erhebliche aktuelle und zukünftige Herausforderung für die Sicherheitsbehörden, die Akteure von Prävention und Deradikalisierung sowie die Zivilgesellschaften dar.

Die deutsche Bundesinnenministerin Nancy Faeser schrieb direkt nach ihrem Amtsantritt am 6. Dezember 2021: „Ein ganz besonderes Anliegen wird für mich der Kampf für die offene Gesellschaft und gegen ihre Feinde sein – der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie und ich will als Innenministerin diese Gefahr mit aller Entschlossenheit bekämpfen“.² Bei ihrer ersten Regierungserklärung im Bundestag sagte die neue Bundesinnenministerin: Weil „die größte Gefahr für unsere Demokratie der Rechtsextremismus“ sei, habe dessen Bekämpfung „erste Priorität“.³ Dort kündigte Faeser auch ihr erstes Großprojekt an: „Bis Ostern werde ich einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorlegen“, führte sie aus. Sie werde „alles daran setzen, rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen, Extremisten die Waffen zu entziehen und ‚demokratische Initiativen‘ zu stärken“.⁴

Der Rechtsextremismus und der Rechtsterrorismus sind international und europäisch. Der Rechtsextremismus ist europaweit wiederum vor allem im deutschsprachigen Raum besonders präsent.

Hier werden einleitend in Kapitel zwei aktuelle Trends und Akteure dargestellt, darunter u.a. die „Neue Rechte“ und ihre Akteure. In Kapitel drei werden Staatsleugner sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ untersucht. Ideologeelemente, Narrative und Verschwörungserzählungen als mögliche Radikalisierungsfaktoren für Rechtsextremisten, Rechtsterroristen sowie Staatsleugner untersucht. Kapitel vier analysiert rechtsextremistische und staatsleugnende Ideologeelemente, Narrative und Verschwörungserzählungen, hierbei den aktuellen Trend Muslim- und Islamfeindlichkeit sowie die Verschwörungserzählungen QAnon, „deep state“ und „the great reset“. In Kapitel fünf werden die Strategie der Neuen Rechten in der Corona-Pandemie in Österreich skizziert.

2 Aktuelle Trends und Akteure

„Wir beobachten eine neue Dynamik im Bereich des Rechtsextremismus. Sicherheitsbehörden sehen sich dabei neben den alten Strukturen auch mit ganz neuen Formen wie rechten Netzwerken im Internet oder sich selbst radikalisierenden Einzeltätern konfrontiert.“⁵ Thomas Haldenwang, Präsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz differenziert das Spektrum von Rechtsextremisten in Deutschland in rechtsextremistische Parteien, in die Kategorie „Rechtsextremisten in „parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen“, in das „weitgehend unstrukturierte rechtsextremistische Personenpotenzial,“ in Neonazis, „subkulturell geprägte Rechtsextremisten“ sowie sonstige Rechtsextremisten. Nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden ist aktuell jeder dritte deutsche Rechtsextremist gewaltorientiert, also 13.300 von 33.300.⁶

2.1 Neonazis

Als „Neonazis“, „Neonationalsozialisten“, werden nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz die Anhänger einer ideologischen Ausrichtung des Rechtsextremismus bezeichnet, die sich vornehmlich an Gedanken und der Vorstellungswelt des historischen Nationalsozialismus orientiert. Dieser bildet gleichzeitig Grundlage und feste Bezugsgröße der neonazistischen Weltanschauung, die von Ideologieelementen des Rassismus, des Antisemitismus, eines übersteigerten Nationalismus sowie von Antipluralismus geprägt ist. So streben Neonazis einen autoritären Staat nach dem Führerprinzip an. Neonazis deuten historische Tatsachen in revisionistischer Art und Weise bis hin zur Holocaustleugnung um. Eine zentrale Bedeutung kommt zudem der angestrebten ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ zu, in der sich das Individuum dem Wohl und Willen der Allgemeinheit unterzuordnen hat.⁷ Wichtig festzustellen ist, dass die Neonazis in Europa trotz gemeinsamer ideologischer Grundelemente nicht homogen sind. Nach einigen Verboten von rechtsextremistischen Vereinen Anfang der 1990er Jahre in Deutschland setzte als strategische Antwort der Neonazis ein Strukturwandel innerhalb der neonazistischen Szene ein. Führungskräfte der Neonazis erkannten, dass die zuvor streng hierarchisch organisierten

Vereine zu viel Angriffsfläche für staatliche Gegenmaßnahmen und Verbote bildeten.⁸ Die strategische Antwort der Neonazis war die Entwicklung des „Kameradschaftsmodells“. Dieses „Kameradschaftsmodell“ sah die Gründung von kleineren, regional verankerten Personenzusammenschlüssen mit festem Aktivistenstamm, jedoch ohne starre Organisationsstruktur vor. Wenige Jahre später, Anfang der 2000er Jahre, entwickelten Neonazis dann die Aktionsform der „Autonomen Nationalisten“, die bei Demonstrationen häufig als „Schwarzer Block“ auftraten und sich äußerlich kaum von linksextremistischen Autonomen unterschieden. Diese „Autonomen Nationalisten“ vermischten dabei ganz bewusst neonazistische Ideologie mit subkulturellen Verhaltensweisen und konnten für viele Jahre vor allem in Berlin und dem Ruhrgebiet deutlichen Zulauf verzeichnen.⁹

Zahlreiche Vereinsverbote gegen neonazistische Gruppierungen im Jahr 2012 lösten innerhalb der Neonaziszene erneut einen Strukturwandel aus. Lose, netzwerkartige Personenzusammenschlüsse entstanden, die über soziale Netzwerke und Messengerdienste überregional verbunden sind. Dem Internet und den sozialen Netzwerken kommt hierbei eine zentrale Bedeutung bei der Mobilisierung, z. B. für Demonstrationen, zu.

2.2 „Subkulturell geprägte Rechtsextremisten“

Ein bereits rein quantitativ bedeutendes Spektrum im deutschen Rechtsextremismus stellen die „subkulturell geprägten Rechtsextremisten“ dar. Diese sind in der Regel nicht organisiert, sondern definieren sich über ein bestimmtes Erscheinungsbild, spezifische Szene-Bekleidung und musikalische Vorlieben. „Subkulturell geprägte Rechtsextremisten“ besitzen in der Analyse des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz meistens keinen gefestigten rechtsextremistischen Ideologiehintergrund, sondern eine eher diffuse Weltanschauung mit einzelnen rechtsextremistischen Einstellungen und Argumentationsmustern. Bei ihnen findet sich regelmäßig ein Weltbild mit rassistischen, Gewalt gegen Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund befürwortenden, antisemitischen und das demokratische System ablehnenden Ideologiebestandteilen.¹⁰ Bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts bildeten rechtsextremistische Skinheads den Großteil dieses Personenpotenzials. Heute stellen sich die Angehörigen dieser Szene sowohl optisch als auch hinsichtlich ihrer musikalischen Vorlieben viel heterogener dar. Die Skinhead-Subkultur dominierte vor allem in den 1980er und 1990er Jahren die rechtsextremistische Szene in Deutschland. Mit ihrem markanten Bekleidungsstil

(„Springerstiefel“, Bomberjacken etc.) sowie ihrer aggressiven und teilweise volksverhetzenden Musik bestimmten rechtsextremistische Skinheads über einen längeren Zeitraum hinweg maßgeblich das Bild der gesamten subkulturellen Szene in der Öffentlichkeit. Aber auch aktuell hat sich gehalten, dass subkulturell geprägten Rechtsextremisten vor allem Aktivitäten mit Erlebnischarakter wichtig sind. Dazu gehören beispielsweise rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen und Musikveranstaltungen. Entscheidend festzustellen ist, dass Gewalt ein elementarer Bestandteil der Szene der subkulturell geprägten Rechtsextremisten ist. So begehen Angehörige dieses rechtsextremistischen Spektrums eine Vielzahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten.¹¹

Den Schwerpunkt der subkulturell geprägten Rechtsextremisten bildet die rechtsextremistische Musikszene. Hierzu gehören Musikgruppen und Liedermacher sowie deren Umfeld und Anhänger. Dazu zählen Personen, die einschlägige Publikationen (Fanzines) herausgeben, Internetseiten betreiben, Konzerte organisieren, entsprechende Musik produzieren oder vertreiben bzw. als Besucher rechtsextremistischer Konzerte den größten Teil der subkulturellen Szene ausmachen.¹² Subkulturell geprägte Rechtsextremisten knüpfen bei Konzerten und anderen rechtsextremistischen Veranstaltungen, beispielsweise den „Schild und Schwert-Festivals“ überregionale und auch internationale Kontakte.

2.3 Die „Neue Rechte“

Unter die Bezeichnung „Neue Rechte“ fasst das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen, in dem rechtsextremistische bis rechtspopulistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Hierfür verzahnen Akteure der „Neuen Rechten“ parlamentarische und außerparlamentarische Bewegungen, metapolitische Theoriebildung und Praxis mit Protest- und Demonstrationsinitiativen.¹³ Das Bundesamt für Verfassungsschutz analysiert, „dass die unterschiedlichen Akteure innerhalb dieses Netzwerks unterschiedliche und teils komplementäre Funktionen und Rollen ausfüllen, die dem gemeinsamen Ziel einer ‚Kulturrevolution von rechts‘ dienen sollen und sich jeweils an unterschiedliche Zielgruppen richten“.¹⁴

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) fungiert im neurechten Netzwerk als eine aktionsorientierte außerparlamentarische Jugendorganisation. Die „Identitären“ pflegen ein elitäres Selbstverständnis und legen ihren Fokus auf medienwirksame Aktionen im öffentlichen Raum, die sich insbesondere gegen Migration, eine behauptete „Islamisierung“ und einen angeblichen „Bevölkerungsaustausch“ (Verschwörungserzählung „der große Austausch“) richten.

Das von der „COMPACT-Magazin GmbH“ publizierte „COMPACT-Magazin“ sowie die zugehörige umfangreiche Internetpräsenz und der Online-Videokanal popularisieren nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz, zusätzlich durch Veranstaltungen unterstützt, neurechte sowie das demokratische System und seine Institutionen diffamierende Inhalte und insbesondere verschwörungsideologische Positionen.¹⁵

Die „COMPACT-Magazin GmbH“ wurde im Jahr 2010 gegründet. Bereits seit Dezember 2010 publiziert diese GmbH die Monatszeitschrift „COMPACT-Magazin“, von der nach eigenen Angaben 40.000 Exemplare im Monat verkauft werden. Zusätzlich werden zahlreiche Sonderhefte in mehreren Reihen zu bestimmten Themen mit Titeln wie „Corona Lügen“, „Krieg, Lügen, USA“ und „Geheimakte Kinderschänder“ veröffentlicht. Mittlerweile stellt „COMPACT“ laut der Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz ein multimediales Phänomen dar. Hierzu gehören die umfangreichen Onlineangebote, wie zum Beispiel die eigene Website, der YouTube-Kanal „COMPACT TV“ mit circa 148.000 Abonnenten sowie Präsenzen in sozialen Netzwerken. Darüber hinaus beteiligt sich die „COMPACT-Magazin GmbH“ an Demonstrationen und führt zahlreiche eigene Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen durch, die neben der politischen Schwerpunktsetzung auch der Vernetzung mit anderen Akteuren im Spektrum der Neuen Rechten dienen.¹⁶

Als „neurechte Denkfabrik mit intellektueller Fassade“ bezeichnen die deutschen Verfassungsschutzbehörden das in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) angesiedelte „Institut für Staatspolitik“. Dort werde vor allem das Ziel verfolgt, „ideologische und strategische Konzepte fortzuentwickeln und beispielsweise solche politischen Positionen im Sinne von Politikberatung argumentativ zu unterfüttern und zu legitimieren, die Menschen mit anderen ethnischen Hintergründen die Zugehörigkeit zum deutschen Staatsvolk versagen“.¹⁷

Der Verein „Ein Prozent e.V.“ wird von den deutschen Sicherheitsbehörden einerseits als Projektförderungs- und Vernetzungsagentur beschrieben, andererseits tritt dieser Verein jedoch auch mit eigenen Kampagnen an die Öffentlichkeit, in denen Migranten pauschal herabgewürdigt werden. Der Verein verfolgt das primäre Ziel, Projekte neurechter Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen materiell und ideell zu unterstützen sowie Akteure zu vernetzen und sie dadurch in ihren jeweiligen politischen Zielsetzungen zu unterstützen.

Der Ende April 2020 formal aufgelöste Personenzusammenschluss „Der Flügel“ der AfD hat nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz weiterhin Wirkungsmacht auf die Gesamtpartei der AfD und könne als „parlamentarischer Arm des neurechten Netzwerks“ bezeichnet werden. Belege hierfür sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz in Äußerungen exponierter „Flügel“-Protagonisten zur Migrationspolitik und zum Islam, die im gleichen Tenor wie diejenigen der „Identitären Bewegung“ erfolgen. Als offizielle Jugendorganisation unterstützt die „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) die Mutterpartei AfD bei ihrer politischen Arbeit. Die JA unterhält nach Beobachtung der deutschen Verfassungsschutzbehörden zudem informelle und strukturelle Verbindungen zu neurechten Akteuren sowie Gruppierungen und reproduziert deren Inhalte durch eigene Verlautbarungen und Kampagnen.¹⁸

Der Netzwerkcharakter der Neuen Rechten äußert sich gemäß Bundesamt für Verfassungsschutz vor allem durch wechselseitige inhaltlich-strategische Unterstützung sowie Werbung und Mobilisierung für Veranstaltungen und gemeinsame Auftritte. Protagonisten des Netzwerks sind in und für verschiedene Zusammenschlüsse der Neuen Rechten aktiv und sorgen so für personelle und inhaltliche Schnittmengen. Verschiedene Gruppierungen, Akteure und Institutionen innerhalb der Neuen Rechten werden von den deutschen Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistische Verdachtsfälle beziehungsweise als gesichert rechtsextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eingestuft.¹⁹

Eine Vernetzung zwischen neurechten Akteuren kann u.a. zwischen Götz Kubitschek („Institut für Staatspolitik“), Philip Stein („Ein Prozent“, Mitglied der DB-Burschenschaft Germania Marburg), Robert Timm („Identitäre Bewegung Deutschland“), Heinrich Mahling (Mitglied der Marburger DB-Burschenschaft Germania), Patrick Pana von der AfD-Jugendorganisation

„Junge Alternative“, Martin Sellner von der „Identitären Bewegung Österreich“, ehemals Mitglied der DB-Burschenschaft Olympia Wien, und weiteren Mitgliedern der 66 DB-Burschenschaften mit insgesamt ca. 4.500 Mitgliedern beobachtet werden, von denen zumindest ein Teil als rechtsradikal-völkisch bewertet wird.²⁰

2.4 Die „Identitäre Bewegung“, die „Identitären“ in Europa

Die „Identitäre Bewegung“ wurde in Frankreich gegründet und mit dem Vorbild der Casa-Pound-Bewegung in Italien, fand die „Identitäre Bewegung“ bald Tausende Anhänger in ganz Europa. Die „Identitäre Bewegung“ hat mittlerweile offiziell in Irland, Großbritannien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Österreich, Tschechien, Ungarn, Slowenien und in Italien feste Organisationsstrukturen, Anhänger und Sympathisanten in ganz Europa.

Die „Identitäre Bewegung“, die „Identitären“ gehören ebenfalls zur Neuen Rechten und wurden von den deutschen Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistische Organisation eingestuft. Die „Identitäre Bewegung“ steht beispielhaft für die jüngsten Entwicklungen im Rechtsextremismus. Die „Identitären“ heben sich nicht nur organisatorisch von den klassischen Parteistrukturen wie der NPD ab, sondern unterscheiden sich auch in ihrer Rhetorik und in ihren Aktionen von der Neonazi-Szene. Nach Angaben des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz steht die „Identitäre Bewegung“ „für einen modernen Rechtsextremismus, der mit einem Themenkanon aus Anti-Islam, Anti-Asyl und Anti-Establishment versucht, bis weit in breite gesellschaftliche Kreise hinein anschlussfähig zu sein. Begriffe wie Rasse und Volksgemeinschaft werden durch unverfängliche Begriffe wie Ethnie, Identität und Kultur ersetzt und im europäischen Kontext zum Konzept einer ‚ethnokulturellen Identität‘ umgedeutet, die es zu verteidigen gelte, nach dem Motto: ‚Nein zur Islamisierung! Wehr Dich, es ist dein Land!‘“.²¹

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), gegründet im Jahr 2012 als Facebook-Gruppe, versteht sich als deutscher Ableger der „Identitären Bewegung Österreich“ (IBÖ) und der französischen Jugendorganisation „Génération Identitaire“ (GI). Vor allem die französische GI diente der IBD in ihrer Anfangsphase als Vorbild für eigene Aktivitäten. Bei der GI handelt es sich um eine im Jahr 2003 gegründete Organisation aus dem Phänomenbereich der Neuen Rechten, die in Frankreich durch islam- und fremdenfeindliche sowie rassistische und

nationalistische Positionen auffällt und die wiederholt durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Flashmobs und Formen des zivilen Ungehorsams in Erscheinung getreten ist. Einen hohen Bekanntheitsgrad erreichte die „Besetzung“ einer im Bau befindlichen Moschee in der westfranzösischen Stadt Poitiers, bei der etwa 60 Aktivisten aus dem Umfeld der GI das Dach der Moschee betraten, Banner zeigten, Sprechchöre anstimmten und sich dort mehrere Stunden aufhielten.²²

Im März 2021 verbot die französische Regierung die Génération Identitaire Frankreich. Das Kabinett billigte die Auflösung der Gruppierung, wie Innenminister Gérald Darmanin mitteilte. Die Gruppe trete wie eine "private Miliz" auf und rufe zu "Diskriminierung, Hass und Gewalt" auf, schrieb Darmanin auf Twitter. Marine Le Pen, die Chefin der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National, kritisierte die Auflösung der Gruppe als einen „Verstoß gegen die Meinungsfreiheit und den Rechtsstaat“. Das französische Innenministerium begründete die Auflösung der Génération Identitaire auch mit Verbindungen zum rechtsterroristischen Attentäter von Christchurch, Brenton Tarrant, von dem die GI und die Identitäre Bewegung Österreich Spenden erhalten haben sollen. Tarrant hatte im März 2019 bei rechtsterroristischen Anschlägen auf zwei Moscheen in Neuseeland insgesamt 51 Menschen erschossen und wurde später zu lebenslanger Haft verurteilt.²³

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ wiederum veröffentlichte als einen ihrer ersten Beiträge auf Facebook ein mit deutschen Untertiteln versehenes Video der französischen GI mit dem Titel „Identitäre Generation – Die Kriegserklärung“. In dem Video, das in 25 weitere Sprachen übersetzt wurde, sind Französisch sprechende Personen zu sehen, die zu Technomusik die Botschaft einer „ethnokulturellen Identität“ verkünden und sich gegen kulturelle Vielfalt, gesellschaftliche Gleichheit und gegen Multikulturalismus aussprechen. Am Ende des Videos wird dies als „Kriegserklärung“ bezeichnet. In dem Video finden sich Aussagen, die einen islam- und fremdenfeindlichen Charakter tragen sowie einen generell systemkritischen Gesamttenor offen darlegen: „Wir sind die Generation des ethnischen Zusammenbruchs, des totalen Scheiterns, des ‚friedlichen Zusammenlebens‘ und der aufgezwungenen Vermischung [...]. Wir glauben nicht mehr daran, dass ‚Mehmet‘ jemals unser Freund wird, wir haben aufgehört an ein globales Dorf zu glauben und daran, dass die Menschheit eine Familie ist [...]. Unser einziges Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere

Identität.“ „Täuscht Euch nicht: Dieser Text ist kein einfaches Manifest: es ist eine Kriegserklärung“.²⁴

Das Erkennungszeichen der „Identitären“ ist das Lambda, der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets. Es wird wahlweise gelb auf schwarzem Grund oder schwarz auf gelbem Grund in einem Kreis dargestellt. Die Auswahl des Symbols wird in einem Video der Génération Identitaire selbstheroisierend erläutert:

„Das Lambda, das die Schilder der glorreichen Spartaner schmückte, ist unser Symbol. Ihr wisst nicht was es bedeutet? Es bedeutet, dass wir nicht zurückweichen und nicht aufgeben! Wir sind euer Geplänkel leid und gehen keinem Kampf und keiner Herausforderung aus dem Weg!“²⁵

Im elitären Selbstverständnis der „Identitären“ und ihrer medialen Selbstdarstellung als eine moderne, popkulturell geprägte Jugendbewegung wird in Anlehnung an den US-amerikanischen Kinofilm „300“ aus dem Jahr 2006, der die historische Schlacht bei den Thermopylen im Jahr 480 v. Chr. gegen ein scheinbar übermächtiges Heer von Persern thematisiert, der Bezug zu den Soldaten des antiken Sparta hergestellt, die auf ihren Schilden das Lambda als Erkennungszeichen trugen. So waren diese als „Hopliten“ bezeichneten Krieger dafür bekannt und gefürchtet, niemals aufzugeben und entschlossen bis zum Tod zu kämpfen. Die Mitglieder der „Identitären Bewegung“ sehen sich in der Tradition der Spartaner und tragen dies mit der Verwendung des Lambda öffentlich zur Schau.

Als vermeintliche Jugendbewegung ist die „Identitäre Bewegung“ zudem darum bemüht, eigene Markenzeichen und eine eigene Form von Corporate Identity zu entwickeln. So sind in ihrer Farbwahl bspw. die Farben Schwarz und Gelb dominant, die sich folglich auch in der Symbolik der „Identitären Bewegung“ wiederfinden.²⁶

Mit der Gründung der „Identitären Bewegung Deutschland“ als Ableger der „Identitären Bewegung Österreich“ und der französischen Génération Identitaire auf Facebook lehnte sich die Selbstbeschreibung der „Identitären Bewegung Deutschland“ zunächst stark an das bereits oben erwähnte, mit deutschen Untertiteln versehene Video der französischen „Génération Identitaire“ an. Der annähernd gleiche Wortlaut des Videos wurde auf der Facebook-Seite der IBD als „Info“ veröffentlicht und findet sich in Auszügen auch in einem der ersten selbst erstellten Videos der IBD mit dem Titel „Gekommen um zu bleiben“, das im Ton von völkisch-nationalistischem Pathos geprägt ist:

„Wir sind die Bewegung, deren Generation doppelt bestraft ist: Verurteilt, in ein Sozialsystem einzuzahlen, das durch die Fremden so instabil wird, dass es unseren Kindern schon nichts mehr nützt. Wir sind die Bewegung, die auf unsere Identität, unser Erbe, unser Volk und unsere Heimat schaut und mit gestärktem, aufrechtem Gang in die Zukunft gen Sonnenaufgang marschiert.

Wir sind die Bewegung, die sich anstrengt, ob in Sommerlagern, beim Bergsteigen oder Kampfsport. Die Bewegung, die Schläge einstecken kann. Die Bewegung der Härte, des Schweißes und der Selbstüberwindung.

Wir sind die Bewegung, die bereit ist, der Politik ihr einstiges ruhmreiches Ansehen zurückzugeben und die auf allen Ebenen, mit einer klaren Idee, aufmarschiert:

Wir sind die Zukunft. Glaubt nicht das hier wäre nur ein Manifest, es ist eine Kriegserklärung an diejenigen, welche ihr Volk, ihr Erbe, ihre Identität und ihr Vaterland hassen und bekämpfen! Ihr seid von gestern, wir sind der Morgen!“²⁷

Die „Identitären“ in Europa sich in einem Kampf gegen Multikulturalismus und Einwanderung und für den Erhalt der „ethnokulturellen Identität“. „Gemeinschaft“ wird bei ihr nach Einschätzung der deutschen Verfassungsschutzbehörden aus der Tradierung vermeintlicher kultureller Errungenschaften der ethnisch homogen definierten Eigengruppe abgeleitet. Zur ideologischen Einordnung der Konzeption „ethnokulturelle Identität“ wird von Sozialwissenschaftlern auch der Begriff „Kulturrassismus“ verwendet, um den darin enthaltenen Grundgedanken hervorzuheben, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft und/oder Abstammung abgewertet und ausgegrenzt werden. Islamfeindlichkeit und Einwanderungsdebatte gehen auf diese Weise bei der „Identitären Bewegung“ Hand in Hand und sind Ausdruck einer ideologisch tief verankerten Fremdenfeindlichkeit, die sich mit fundamentaler Systemkritik und der Ablehnung von Political Correctness verbindet.²⁸

„Wir gehen in Klassen mit 80% Migrantenteil und mehr. Messerstechende Türken, Drogen verkaufende Afrikaner, fanatische Muslime. Was für euch billige Klischees sind, ist unsere Realität. Und euer großer Traum der multikulturellen Gesellschaft ist uns darum verhasst. Was wisst ihr denn von dieser Gesellschaft? Nichts! Also hört auf uns belehren zu wollen. Hört auf uns einzureden wir seien ach so böse Rassisten, nur weil wir eure Utopie ekelhaft finden. Kommt uns nicht mit dem 2. Weltkrieg und Hitler, wenn es um Mehmed und Mustafa geht. Und

*erzählt uns nicht die Fremden seien genauso wie wir, wo wir doch jeden Tag sehen, dass sie es nicht sind“.*²⁹

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ präsentiert sich in ihren Publikationen und Aktionen nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden als eine moderne, europaweite Jugendbewegung, als Sprachrohr einer vermeintlichen Schicksalsgemeinschaft der (jungen) Menschen in Europa, die einer „Flut ins Land gespülter“ Menschen aus dem „islamischen Kulturraum und mit kaum vorhandener Bildung“ schutzlos gegenüberstünden.³⁰ Folgen dieser „Politik der Selbstabschaffung“ seien „ethnische Armutsgghettos, wo Gewalt und religiöser Fanatismus in einer nicht integrierbaren Parallelgesellschaft aufblühen“³¹. Ein Bedrohungsszenario wird gezeichnet, nach dem die „eigene Identität“ sowie die Existenz Europas gefährdet seien: „Wer die eigene Identität aufgibt, überlässt das Terrain denen, die sich ihrer Identität gewiss sind. Nicht die vermeintliche Stärke des Islam, sondern eigene Schwäche lässt immer mehr Deutsche die Heimat zur Fremde werden. Solange Du Dich weigerst, diesen Zusammenhang zu begreifen, wird die Selbstabschaffung Europas auch nicht aufzuhalten sein“ (Flugblatt der IBD, Anfang 2013)³².

Seit 2012 erfolgten zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen von Anhängern der „Identitären“ in Deutschland und anderen europäischen Staaten. Für mediale Aufmerksamkeit sorgte die IBD am 21.10.2012 durch einen Aufmarsch mit gelb-schwarzen Fahnen vor dem Brandenburger Tor in Berlin. In Hannover wurden in der Nacht zum 20.5.2013 mehrere Ortstafeln der Landeshauptstadt mit der Aufschrift „Istanbul“ überklebt. Die Aktion erhielt den für die ideologische Ausrichtung der IBD bezeichnenden Titel „Identitäre Bewegung Istanbul Kalifat Hannover“.

Das Neue an der Strategie und den Aktionen der Identitären ist nach Auffassung der deutschen Verfassungsschutzbehörden die „moderne, mediengerechte und jugendspezifische Inszenierung ihrer Inhalte, die sich sehr stark popkultureller Stilmittel bedient und die in Auftreten und Ästhetik bislang eher bei linken Gruppierungen zu finden war: Demonstrationen, Flugblattverteilungen, Zeigen von Transparenten (z.B. an Brücken und Häusern), Störung von Veranstaltungen des „politischen Gegners“, Flashmobs bzw. Guerilla-Aktionen (d.h. überraschend durchgeführte, kurzzeitige Versammlungen, insbesondere ‘Besetzungsaktionen‘ meist gegen Einrichtungen des ‘politischen Gegners‘)“.³³

Mit bunten Flugblättern und großen Überschriften wie „Identitär?! Eine Generation, ein Schicksal, eine letzte Chance!“ richten sich die „Identitären“ vor allem an junge Menschen. Die Schriften der „Identitären“ thematisieren gesellschaftliche Themen wie Armut, Gewalt, Orientierungslosigkeit, mit denen versucht wird, an vielfältige Probleme und Unsicherheiten von Jugendlichen anzuknüpfen, an deren Alltagserfahrungen und subjektive Wahrnehmung: „Wir wollen uns das zurückholen, was man unserer Generation genommen hat: Unsere Wurzeln, unsere Heimat, Freiheit und Tradition. Unsere Identität“ (Flugblatt der IBD, Anfang 2013).³⁴

Am 27.8.2016 klettern ca. 15 Aktivisten der IBD auf das Brandenburger Tor und besetzten kurzzeitig das symbolträchtige Bauwerk. Einige Aktivisten gelangten bis auf die Quadriga, entzündeten dort Rauchfackeln und schwenkten Flaggen mit dem Erkennungszeichen der „Identitären“. Auf einem entrollten Transparent, das nahezu auf ganzer Länge die Front des Brandenburger Tores abdeckte, stand die Aufschrift „Sichere Grenzen – Sichere Zukunft“. Unterhalb der Quadriga war ein kleineres Transparent mit der Aufschrift „Identitäre Bewegung“ angebracht, direkt neben der Quadriga hielten Aktivisten ein Transparent mit der Aufschrift „Festung Europa – Grenzen schützen! Leben retten!“ Nach Aufforderung der Polizei räumten die Aktivisten das Bauwerk wieder.³⁵

Neben Transparent- oder Flugblattverteilkaktionen trat die IBD auch mit großen, medienwirksamen Aktionen wie zum Beispiel der Protestaktion am Eingang des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz am 19.5.2017 in Berlin in Erscheinung.

Die Kampagne „Defend Europe“, initiiert und durchgeführt von „identitären“ Aktivisten mehrerer westeuropäischer Länder, richtete sich gegen die europäische „Asyl- und Migrationspolitik“ und gegen „kriminellen Menschenhandel und das Einwanderungsgeschäft von Nichtregierungsorganisationen“. Hieran beteiligte sich die IBD aktiv, indem sie etwa in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai 2017 vor dem Büro des Bayerischen Flüchtlingsrates in München (Bayern) eine symbolische Mauer errichtete oder am 27. Mai 2017 in Berlin während einer Diskussionsrunde auf dem Evangelischen Kirchentag eine sogenannte Intervention durchführte.

Mit der „Mission Alpes“ fand die Kampagne „Defend Europe“ im Frühjahr 2018 ihre Fortsetzung. Am Pass Col de l'Échelle im französisch-italienischen Grenzgebiet errichtete eine europäisch zusammengesetzte Gruppe von Aktivisten der „Identitären Bewegung“ unter Beteiligung der IBD eine provisorische Grenze, um Migranten an der Reise nach Mitteleuropa zu hindern.

Im Rahmen der seit 2015 laufenden IBD-Kampagne gegen den „Großen Austausch“ fand im März 2019 eine überregionale Aktionswoche „Remigration“ mit verschiedenen Plakat- und Banneraktionen sowie der Einrichtung einer eigenen Kampagnenwebsite statt. Als inhaltliche Fortsetzung des im Jahr 2018 erstmals durchgeführten „Europa Nostra“-Festivals in Dresden mobilisierte die IBD für den 20.7.2019 zu einer Demonstration unter dem Motto „Europa verteidigen – Es bleibt unsere Heimat“ in Halle.

Vor dem Hintergrund der islamistischen Anschläge in Dresden, Nizza, Paris und Wien im Herbst 2020 führte die IBD im November 2020 bundesweit mehrere Aktionen zum Thema „Islamismus“ durch, die begleitet wurden von der Veröffentlichung der Website „GefährderMap“ als „erstem Meldeportal für islamistische Gefährder“.³⁶ Dort ist unter anderem eine interaktive Karte mit Personen, Objekten und Anschlagorten abrufbar, die angeblich Aufenthaltsorte von „Gefährdern“ anzeigen soll. Alle Nutzer werden dazu aufgerufen, weitere Personen zu melden. Die europaweite Vernetzung der IBD zeigt sich insbesondere in gemeinsamen Aktionen. So konnten Anfang März 2020 angesichts einer sich verschärfenden Migrationssituation an der griechisch-türkischen Grenze mehrere Gruppen von Aktivisten der IBD aus Deutschland und Österreich in Griechenland festgestellt werden. Diese Reiseaktivitäten wurden von der IBD mit der Veröffentlichung von Aktions- und Agitationsvideos mit den Titeln „Schützen wir Griechenlands Grenzen! #IStandWithGreece“, „4 Millionen – Die Migrationswaffe“ und „Gigantische Flüchtlingswelle bedroht Europa – Identitäre stehen zu Griechenland“ begleitet.³⁷

Ein strategisches Ziel der „Identitären“ ist die Anschlussfähigkeit an breitere gesellschaftliche Kreise in Europa. Sie wollen hinein in die „Mitte der Bevölkerung“. Die Strategie der „Identitären“ ist ein „moderner“ Rechtsextremismus, um sich von den Repräsentanten und Mitgliedern der NPD, Neonazis, Skinheads u.a. abzugrenzen.³⁸

Im Oktober 2019 wäre es in Österreich beinahe zu einem Verbot der Identitären Bewegung Österreich gekommen, ÖVP, Neos und „Liste Jetzt“ stimmten im Parlament dafür, die SPÖ und FPÖ dagegen.³⁹ Bereits einige Monate zuvor wäre beinahe ein Verein aus dem Umfeld der IBÖ verboten worden, der Verein kam den Behörden jedoch zuvor, indem er sich selbst auflöste.

Das österreichische Parlament beschloss am 7. Juli 2021 ein Verbot der öffentlichen Verwendung der Symbole der „Identitären Bewegung“ (IB). In der Folge rief die IB Österreich für den 31. Juli 2021 zu einer Demonstration in Wien unter dem Motto „Gegen das Lambda Verbot“ bzw. „Ihr Verbot ist uns gleich!“ auf. Dabei waren nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg auch Mitglieder der „Identitären Bewegung Deutschland“ vor Ort.⁴⁰ Die IBÖ hatte die Pläne dieses Verbots, die bereits im Dezember 2020 bekannt geworden waren, vehement kritisiert und sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen deren Umsetzung ausgesprochen.

So hatte Martin Sellner, Co-Chef der IBÖ und Sprachroher der deutschsprachigen Identitären auf der Videoplattform Bitchute am 6. Juli 2021 ein Video mit dem Untertitel „Der leise Tod der Demokratie“ veröffentlicht. Darin bezeichnete er das Gesetzesvorhaben u. a. als „totalitäre Zensurkeule“ und sprach von einer „Demokratiesimulation“. Er fühle sich in seinen Annahmen über das politische System „bestätigt“. Man müsse verstehen, dass ein „entscheidender und grundlegender Widerstand zu diesem System notwendig“ sei. Seine Anhänger rief er dazu auf, „mit voller Kraft“ weiterzumachen. Am 7. Juli 2021, dem Tag der Abstimmung im Nationalrat, hisste die IBÖ mit Hilfe von Heliumballons Flaggen mit dem IB-Logo vor dem Parlamentsgebäude.

Bei der Abschlusskundgebung einer IBÖ-Demonstration in Wien sagte Sellner vor ca. 500 Teilnehmern: *„Das ist kein Ende, meine Freunde. Die schwarze Fahne ist keine Trauerfahne. Das ist der Schritt in eine neue Epoche des Widerstandes, den ihr gemeinsam mit uns gemacht habt.“*⁴¹

3 Staatsleugner sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind nach Angaben des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz *„Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen“*.⁴²

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden ein eigener Phänomenbereich von Extremismus, ein Extremismusbereich sui generis. Innerhalb der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist laut Bundesamt für Verfassungsschutz ein kleinerer Teil dem Rechtsextremismus zuzurechnen. Dessen ungeachtet sind es vor allem die staatsfeindlichen und verschwörungstheoretischen Grundzüge in der Argumentation des Personenspektrums, die eine Anschlussfähigkeit an antisemitische Erklärungsmuster, die auch im Phänomenbereich „Rechtsextremismus“ eine wichtige Rolle spielen, darstellen. Die Bandbreite antisemitischer Einstellungen und Äußerungen unter „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ reicht dabei von Schuldzuweisungen Einzelner, die „die Juden“ für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich machen, über offen antisemitische und oftmals über Codes und Chiffren transportierte Verschwörungstheorien, wonach z.B. der Erste Weltkrieg von „den Juden“ geplant worden sei, bis hin zur Leugnung des Holocaust.

Zur Verbreitung ihrer Ideologieelemente und ihrer Argumentationsmuster nutzen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ vor allem das Internet und soziale Netzwerke. Aber auch in der Realwelt entwickeln sie unterschiedliche Aktivitäten, mit denen sie ihre nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden juristisch meist völlig abwegigen Ansichten verbreiten. Die Unterscheidung zwischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ gestaltet sich laut Bundesamt für Verfassungsschutz teilweise schwierig: „Reichsbürger“ berufen sich

hinsichtlich des Staatsgebiets und des Rechtsstandes auf ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ und lehnen deshalb die Bundesrepublik Deutschland ab. „Selbstverwalter“ fühlen sich dem Staat und seiner Rechtsordnung nicht zugehörig. Sie erklären mitunter ihren „Austritt“ aus diesem und den Eintritt in eine „Selbstverwaltung“. ⁴³

Die Verfassungsschutzbehörden stufen die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Deutschland als insgesamt staatsfeindlich ein. Aktuell sind ihr deutschlandweit etwa 20.000 Personen zuzurechnen, bei rund 1.000 davon handelt es sich zugleich um Rechtsextremisten. Von diesen 20.000 Personen werden ca. 2.000 als gewaltorientiert bewertet. Darunter fallen gewalttätige Szeneangehörige sowie Personen, die beispielsweise durch Drohungen oder gewaltbefürwortende Äußerungen und entsprechende ideologische Bezüge auffallen. Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ besteht zu etwa drei Vierteln aus Männern. Deutschlandweit gibt es rund 28 Gruppierungen, unter anderem den „Staatenbund Deutsches Reich“ mit „Gliedstaaten“, „Bismarcks Erben“ mit der Untergliederung „Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD) und die „Verfassunggebende Versammlung“. ⁴⁴

Staatsleugner, auch Staatsverweigerer genannt, lehnen die Existenz der Republik Österreich ab, „bezeichnen den Staat als Firma und erkennen seine Institutionen nicht an“. ⁴⁵ Das ehemalige österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ging Ende Dezember 2020 von 3693 namentlich bekannten Staatsverweigerer in Österreich aus. ⁴⁶

„Wir sind schon seit 1918 besetzt, das heißt, seit Ende des Ersten Weltkrieges durchgehend“, sagt Monika Unger in einem ihrer Erklärvideos 2017 auf YouTube. Monika Unger bezeichnete sich als selbsterklärte und angeblich unabsetzbare "Präsidentin" des "Staatenbunds Österreich", einer Gruppe von Menschen, die die Republik Österreich ablehnen – analog zu den „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ in Deutschland. Anders als in Deutschland berufen sie sich nicht auf ein angeblich immer noch existierendes Reich. Österreich bezeichnen sie als eine Kapitalgesellschaft, eine amerikanische Kolonie, die von acht Banken gesteuert werde. Ein Verbund aus dem Vatikan, der City of London und Washington D.C. verweigere jedem Menschen sein milliardenschweres Treuhandkonto. Unger erzählte von der großen Verschwörung der Mächtigen gegen die „kleinen Leute“. ⁴⁷

Das österreichische Innenministerium schätzte im Jahr 2014, dass in Österreich 20.000 bis 22.000 Menschen mit diesen „staatsleugnenden“ Ideen sympathisieren. Mitte April 2017 wurden in Österreich die ersten Urteile gegen Staatsleugner gefällt. Darunter befand sich auch der erste öffentlich bekannte Fall aus dem Sommer 2014. Eine kleine Gruppe von Staatsverweigerern hatte auf einem Hof in Niederösterreich ein „Volkstribunal“ abhalten wollen, vor dem fiktiven „International Common Law Court of Justice Vienna“ (ICCV). Ein Gericht verurteilte sechs der insgesamt acht Beteiligten zu Geld- und Haftstrafen. Monika Unger hatte auf ihrer Website auch Texte verlinkt, die den Holocaust leugnen. Vertreter der Germanischen Neuen Medizin schlossen sich ihrer Gruppe angeschlossen. Die Germanische Neue Medizin glaubt beispielsweise, dass die Mehrheit der deutschen Onkologen Juden seien, die über die Chemotherapie gezielt Menschen töten wollten, die Existenz von Aids leugnen sie.⁴⁸

Etwa 3.000 Mitglieder hatte der „Staatenbund Österreich“, eine nicht geringe Zahl, wenn man bedenkt, dass dieser „Staatenbund“ erst 2015 gegründet worden war und seine Führungsriege 2017 festgenommen wurde. Gegen diese Führungsriege wurde seit September 2020 in Graz verhandelt. Die Mitglieder „waren immens radikalisiert“, mahnte der Grazer Staatsanwalt die Geschworenen, als er die Anklage gegen 13 Staatsverweigerer vortrug: „Das war die größte staatsfeindliche Verbindung, die je in Österreich existiert hat.“ „Sie wollten Selbstjustiz an Richtern und Politikern üben“, führte der Staatsanwalt 2018 aus. „Das kann man nicht tolerieren.“⁴⁹

Ein führendes Mitglied des „Staatenbundes Österreich“ wurde im Oktober 2021 rechtskräftig zu zwei Jahren bedingter Haft verurteilt worden. Der junge Mann mit abgeschlossenem Studium zeigte sich voll geständig. Die Staatsanwaltschaft hatte dem Angeklagten vorgeworfen, als federführendes Mitglied des „Staates Wien der Herzen“, einer Teilorganisation des Staatenbundes, die Republik Österreich sowie deren Institutionen „erschüttern“ haben zu wollen, indem diese abgeschafft und durch eigene Institutionen ersetzt hätten werden sollen. Anstelle der Verfassung schwebte den Mitgliedern ein „Regelwerk“ vor, statt der Gerichte ein sogenanntes „Völkergericht“ und statt der Regierung ein „Weisenrat“.⁵⁰

3.1 Staatsleugner sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in der Pandemie

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Deutschland und Staatsleugner in Österreich und anderen europäischen Staaten – auch die *sovereign citizens* in den USA – bewerten staatliche Maßnahmen – damit auch diejenigen zur Eindämmung der Corona-Pandemie – als unrechtmäßig und lehnen sie vehement ab. Besonders häufig thematisierte die dem Phänomenbereich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ zuzuordnende Gruppierung „Verfassunggebende Versammlung“ (VV) die Coronapandemie und verbreitete vor allem über ihre Internetplattform „ddbnews“ sowie das „ddbradio“ im Jahr 2020 immer wieder Desinformation und Verschwörungsideologien.⁵¹

So brachte die Gruppierung „Verfassunggebende Versammlung“ die Corona-Pandemie zum Beispiel mit der antisemitisch geprägten Verschwörungstheorie einer „Neuen Weltordnung“ (NWO) in Verbindung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz analysiert, dass die Corona-Pandemie für „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ als Gegner des Staates eine neue, motivierende Erfahrung darstellt, da andere Kritiker der Corona-Maßnahmen die „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen „nicht ausgrenzen, sondern gemeinsam mit ihnen protestieren“.⁵² Die deutschen Sicherheitsbehörden konstatieren, dass sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ im Jahr 2020 teilweise nicht mehr darauf beschränkt haben, im Zusammenhang mit „Hygiene-Demonstrationen“ ihren Protest zu äußern, sondern auch körperliche Gewalt angewendet haben, zum Beispiel gegen eingesetzte Polizeikräfte. Beispielsweise beteiligten sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ am Demonstrationsgeschehen gegen die Corona-Maßnahmen vom 28. bis 30. August 2020 im Umfeld des Reichstagsgebäudes in Berlin. Dabei kam es im Zuge einer Kundgebung am Reichstagsgebäude (Deutscher Bundestag) zu einer Besetzung der Stufen des Parlamentsgebäudes durch mehrere hundert Personen, darunter auch Angehörige der „Reichsbürger“-Szene.

Eine mutmaßliche „Reichsbürgerin“ hatte nach Angaben der deutschen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden in einem Redebeitrag auf einer Bühne von „staatenlos.info“ unmittelbar zuvor zu einer Besetzung der Stufen des Parlamentsgebäudes aufgerufen. Bei „staatenlos.info“ handelt es sich um eine „Reichsbürger“-Vereinigung.⁵³

Verschiedene bekannte „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“-Gruppierungen beteiligten sich im Jahr 2020 an den Anti-Corona-Demonstrationen. Neben „staatenlos.info“ sind dabei auch Personen aus der „Verfassungsgebenden Versammlung“ in Erscheinung getreten. Auch aus dem Milieu derjenigen, die für eine Rückkehr zum Deutschen Kaiserreich eintreten, kam es zu Mobilisierungen für die Proteste. Teilweise erklärten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ staatliche Verordnungen schlichtweg für ungültig.

So veröffentlichte beispielsweise die Gruppierung „Amt für Menschenrecht“ am 11. Juni 2020 eine „Rechtdurchsetzung“, der zufolge alle „Ausnahmetatbestände der biologischen und psychologischen Kriegsführung im ‚Lockdown‘“ aufgehoben seien. Weiter wurde in einem „Öffentliche[n] Aufruf zu rechtewahrendem Miteinander“ der Gruppierung „Bundesstaat Sachsen“ die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 17. April 2020 fälschlicherweise als nicht rechtskräftig bezeichnet, da „sie nicht unterschrieben [sei] und somit lediglich einen Entwurf“ darstelle.

In diesem Zusammenhang stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, dass bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ eine hohe Anschlussfähigkeit im Hinblick auf die zahlreichen Verschwörungsnarrative rund um die Corona-Pandemie besteht, was sich in häufigen Thematisierungen einschlägiger Inhalte durch die Szene äußert.⁵⁴

3.2 Gewaltbereitschaft und Gewalt von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“

Die deutschen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden stellen in der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ein hohes Gewaltpotenzial fest. So kommt es immer wieder zu verbalen und körperlichen Aggressionen von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ gegen Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes. Ein aktuelles Beispiel stellt der Vorfall vom 20. Oktober 2020 dar: An jenem Tag weigerte sich ein Mitglied der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“-Szene im Hauptbahnhof in Hannover, die in der Corona-Pandemie vorgeschriebene Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Der Mann zeigte sich uneinsichtig, leistete Widerstand gegen die Polizeibeamten und griff auf dem Polizeirevier einen Beamten unvermittelt körperlich an.⁵⁵ Ein ähnlicher Fall ereignete sich Anfang Mai 2020 in Troisdorf (Nordrhein-Westfalen). Dort griffen zwei Angehörige der „Reichsbürger“ und

„Selbstverwalter“-Szene, die nicht bereit waren, in einem Supermarkt entsprechende Corona-Mund-Nasen-Bedeckungen zu tragen, die herbeigerufenen Polizeibeamten an und verletzten diese erheblich. Ihre Gewalttaten gegen die Polizeibeamten filmten sie aus verschiedenen Perspektiven und verbreiteten sie im Internet.⁵⁶

Im Rahmen der regen Beteiligung von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ an Demonstrationen gegen die Maßnahmen von Bund und Ländern zur Pandemiebekämpfung kam es immer wieder zu Gewalt durch Mitglieder dieser Szene. Vor allem gegenüber den polizeilichen Einsatzkräften, aber auch außerhalb des Demonstrationsgeschehens wurden strafrechtlich relevante Vorgehensweisen bekannt. Die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden stellen in diesem Zusammenhang fest, dass sämtliche staatlichen Maßnahmen von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ für Aggressionen und Gefahrensituationen bis hin zu schweren Gewalttaten genutzt werden bzw. werden können.⁵⁷

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden bezeichnen es als besorgniserregend und bezeichnend, dass gerade das Morddelikt und die versuchten Morde von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ 2016 in Reuden (Sachsen-Anhalt) und Georgensgmünd (Bayern) innerhalb der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene als erfolgreicher „Widerstand“ gegen den Staat „gefeiert“ wurden.⁵⁸

Am 17. April 2020 wurde der „Selbstverwalter“ Adrian U. vom Landgericht Halle (Sachsen-Anhalt) wegen versuchten Mordes, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und illegalen Waffenbesitzes zu sieben Jahren Haft verurteilt. Das Gerichtsverfahren begann im Oktober 2017 unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und erstreckte sich insgesamt über 56 Verhandlungstage. Die Kammer sah die Tötungsabsicht als erwiesen an, blieb jedoch im Strafmaß ein Jahr hinter der Forderung der Staatsanwaltschaft zurück. Die Strafverteidigung von Adrian U. legte Revision gegen das Urteil des Landgerichts ein. Adrian U. gehört der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ an.

Im Jahr 2015 begann er, die Legitimität deutscher Behörden mit Anschauungen infrage zu stellen, die für „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ als typisch gelten können. Er „gründete“ den Fantasiestaat „Ur“, stellte sein Grundstück in Reuden (Sachsen-Anhalt) unter „Selbstverwaltung“ und zog eine „Grenzlinie“ um seinen „Staat“.

Am 24. August 2016 versuchte ein Gerichtsvollzieher, die Zwangsäumung des Grundstücks durchzusetzen. Adrian U. hatte zuvor im Internet gegen die drohende Zwangsvollstreckung mobilisiert, woraufhin sich zahlreiche Sympathisanten auf seinem Grundstück versammelten, um ihn zu unterstützen. Daher bat der Gerichtsvollzieher für den Folgetag um polizeiliche Amtshilfe. Während dieses Einsatzes kam es dann zu einem Schusswechsel, bei dem Adrian U. einen Beamten am Hals verletzte. Er selbst wurde ebenfalls angeschossen und musste schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.⁵⁹

Eine weitere, ähnliche Tat verdeutlicht erneut die Gewaltbereitschaft der Szene: Am 19.10.2016 wollten Polizeibeamte eines SEK bei dem Szeneangehörigen Wolfgang P. in Georgensgmünd (Bayern) rund 30 in seinem Besitz befindliche Jagd- und Sportwaffen sicherstellen. Als sie in den frühen Morgenstunden in dessen Wohnung eindringen, trug P. bereits eine schussichere Weste und eröffnete sofort das Feuer auf die Beamten. Vier Polizisten wurden bei dem Einsatz verletzt, von denen einer kurze Zeit später seinen schweren Verletzungen erlag. Wolfgang P. wurde im Oktober 2017 vom Landgericht Nürnberg-Fürth wegen Mordes an einem Polizisten, versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Die Gewalttaten von Adrian U. und Wolfgang P. sind ein Indiz dafür, dass „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ vor allem im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen eine erhöhte Gewaltbereitschaft aufweisen. Auch aufgrund ihrer hohen Waffenaffinität stellen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ein erhöhtes Gefährdungspotenzial dar. In den USA wurden durch Personen aus einem vergleichbaren Spektrum („Sovereign Citizens“) bereits mehrere Polizisten getötet.⁶⁰

Verschiedene Thesen und Versatzstücke der Weltanschauung der „Reichsbürger“ und Selbstverwalter sind nach Ansicht deutscher Verfassungsschutzbehörden dazu geeignet, Personen in ein geschlossenes verschwörungstheoretisches Weltbild zu verstricken, in dem aus Staatsverdrossenheit Staatshass werden kann. Dieses verschwörungstheoretische Weltbild kann die Grundlage für Radikalisierungsprozesse bis hin zur Gewaltanwendung sein. Angehörige der Szene behindern Gerichte, Polizei und Behörden in ihrer Arbeit und bedrohen deren Mitarbeiter. Jeder staatliche Eingriff – gerade auch ein Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse – kann erhebliche Aggressionen und Gefahrensituationen auslösen.⁶¹

4 Rechtsextremistische und staatsleugnende Ideologieelemente, Narrative und Verschwörungserzählungen

Der Rechtsextremismus stellt in Europa kein einheitliches Phänomen dar. Nationalistische, antisemitische, muslim/-islamfeindliche, rassistische und fremdenfeindliche Ideologieelemente treten nach Angaben des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz in verschiedenen Ausprägungen auf. So gingen Rechtsextremisten davon aus, dass die Zugehörigkeit zu einer Ethnie („Rasse“) oder Nation über den Wert eines Menschen entscheide.⁶² Dieses Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zu den Verfassungen der europäischen Staaten.

Elementare Bestandteile der neonationalsozialistischen („Neonazis“) Weltanschauung sind Nationalismus und Rassismus. Bei den meisten Rechtsextremisten spielt Antisemitismus eine zentrale Rolle. Antisemitismus äußert sich in unterschiedlicher Weise, beispielsweise in der Idee einer „weltumspannenden geheimen Verschwörung des Judentums“ oder indem Juden kollektiv für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich gemacht werden.⁶³

Bei Rechtsextremisten kommt in der Regel ein autoritär geprägtes Staatsverständnis hinzu. Oft geht dies einher mit einer Ablehnung der in Demokratien üblichen Gewaltenteilung. Neonazis fordern in Anlehnung an den historischen Nationalsozialismus einen „Führerstaat“, in dem alle staatliche Macht auf die Entscheidungen einer Einzelperson zurückgeführt wird.⁶⁴

Antisemitische, muslim/-islamfeindliche, rassistische, antidemokratische und revisionistische Ideologieelemente treten in verschiedenen Ausprägungen im Rechtsextremismus, bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, Staatsleugnern und „Querdenkern“ auf. Solche Ideologieelemente stehen in einem fundamentalen Widerspruch zu den Verfassungen der europäischen Staaten.

Anhänger der Neuen Rechten beschimpfen Flüchtlinge in verschiedenen Internetplattformen als „Flutlinge“, „Fickilanten“ oder „Rapefugees“. Die Medien und ihre Vertreter werden von ihnen als „Presstituierte“, „Journalunken“ oder „Lügenpresslinge“ abgewertet, ebenfalls wie „die Politiker“, welche die „europäische Flüchtlingskrise“ „absichtsvoll herbeigeführt“ hätten, um das „deutsche Volk“ gegen eine „ethnisch heterogene Masse auszutauschen“. In diesem

Kontext ist bei Anhängern der Neuen Rechten von „Volksverrättern“, „Volkszertretern“ und einer „Umvolkungsregierung“ die Rede.⁶⁵ Zu den Internetportalen und Blogs, in denen solche Begriffe benutzt werden, gehören das islamfeindliche und rechtsextremistische „Politically Incorrect“ und „Anonymousnews“. Die Mitglieder des deutschen Bundestages werden von Anhängern der Neuen Rechten als „Bundestagsverbrecherbande“ oder „Abgeordneten-Schädlinge“ titulierte, der Bundestag wird als „Abnickerabgeordnetenkloake“, „Volksveräppelungsmaschinerie“ oder „Volkskammer-DDR-2.0“ bezeichnet, demokratische Wahlen als „Wahl-Gedöns“, „Volksverarschung“ oder „Wahlurnenkult“ diffamiert.⁶⁶ Die Justiz und ihre Mitarbeiter werden von der Neuen Rechten als „Gutmenschen-Justiz“, „Bärchenwerfjustiz“ oder „Multikulti-Kuschel-den-Neubürger-Justiz“ titulierte. Richter werden als „Altparteienrichter“, „Migrantenbonus-Richter“ und „Antifa-Richter“ beschimpft. Schier unvorstellbar für Mitglieder der Neuen Rechten sind von ihnen so bezeichnete „Kopftuchpolizistinnen“, die sie auch als „Muselpolizisten“ herabwürdigen.

Muslimische Polizisten verwandelten die deutsche Polizei nach Angaben der Neuen Rechten in eine „Musel-Integrations-Gedöns-Polizei“. Polizisten mit Migrationshintergrund werden von der Neuen Rechten als „Polizisten-Mighrus“, „Polizei-Nafris“, „Polizei-Türken“, „Türkenclan-Polizisten“, „Ethno-Polizisten“, „Doppel-Pass-Polizisten“, „Ausländer-Polizisten“ oder „MuKu-Polizei“ verunglimpft.⁶⁷

4.1 Aktueller Trend: Muslim- und Islamfeindlichkeit

Spätestens seit der „europäischen Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 nutzen europäische Rechtsextremisten das Kampagnen-Thema „Anti-Muslime“, „Anti-Islam“. Nach Angaben des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz setzen „Islamfeinde den Islam als Weltreligion pauschal mit dem Islamismus als politischer Ideologie gleich. Sie stellen ihn als totalitäre und gewaltverherrlichende Ideologie dar, von der eine erhebliche Gefahr für die Gesellschaft ausgehe. Muslime sind in ihren Augen in eine demokratische Gesellschaftsordnung nicht integrierbar. Elementare Grundrechte wie die Religionsfreiheit sollen für sie daher keine uneingeschränkte Anwendung finden.“⁶⁸

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz analysiert Islamfeindlichkeit bzw. Muslimfeindlichkeit als Aktionsfeld von Rechtsextremisten, das seit der „europäischen Flüchtlingskrise“ stark zugenommen hat. Islamfeindlichkeit bei Rechtsextremisten ist hierbei

nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden „nicht allein auf bloße Ressentiments und das Aufgreifen rechtspopulistischer Thesen zurückzuführen, sondern wurzelt vielmehr in ausgeprägten ideologischen Grundüberzeugungen, insbesondere in dem von Rechtsextremisten konstruierten Ideal einer ethnisch homogenen ‚Volksgemeinschaft‘. Rechtsextremisten versuchen, Überfremdungsängste bzw. Vorurteile gegenüber der Religion des Islam bzw. Muslimen selbst zu erzeugen oder entsprechende Vorbehalte zu schüren, um so die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie verbreiten die These einer vermeintlich ‚drohenden Islamisierung‘ Europas. Die Übergänge zwischen extremistischer und populistischer Islamfeindlichkeit sind hierbei oft fließend“.⁶⁹

Die rechtsextremistische Szene in Deutschland nutzte den Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland in den Jahren 2014 und 2015 in der „europäischen Flüchtlingskrise“ für eine umfassende Anti-Asyl-Agitation, verbunden mit dem rechtsextremistischen Narrativ „der große Austausch/le grand remplacement/the great replacement“ der Identitären Bewegung/der Neuen Rechten.

Fremdenfeindliche, muslim- und islamfeindliche Narrative und Ideologieelemente der Identitären und anderer Mitglieder der Neuen Rechten aber auch anderer Rechtsextremisten sind Europa sind beispielsweise:

- „Ethnopluralismus“, „Ende der Islamisierung Europas“ und „Festung Europa“

Die „Identitäre Bewegung“ fordert den „Erhalt der Vielfalt der Völker und Kulturen“ und verlangt das „Ende der Islamisierung Europas“. Erforderlich sei die Errichtung einer „Festung Europa“, die ihre „Grenzen verteidigt“.⁷⁰

- „Reconquista“

In der Ideologie der „Identitären Bewegung“ werden die muslimischen Einwanderer als Bedrohung des „christlichen Abendlandes“ angesehen, die unter Zuhilfenahme der „Reconquista“ aktiv bekämpft werden muss. Hierbei wird der Islam als unvereinbar mit den Werten der europäischen Kultur bezeichnet und als Bedrohung der „ethnokulturellen Identität“ dargestellt.⁷¹

- „Großer Austausch“, „der große Austausch“

Mit dem „Großen Austausch“ ist ein demografischer Wandel gemeint, der durch die vermeintliche Masseneinwanderung verursacht werde und an dessen Ende „autochthone Deutsche“ bzw. Nordeuropäer eine Minderheit in Deutschland bzw. Nordeuropa „sein werden“. Zudem würde dies mit einer Islamisierung Deutschlands und Europas einhergehen.⁷²

- „Remigration“

Dieser Begriff steht für das Ansinnen der „Identitären Bewegung“, sich gegen eine vermeintlich illegale Einwanderung zu stellen und sich klar zu einer „Rückführung aller illegal Eingereisten nach humanen Standards“ bekennen zu wollen.⁷³

Der Rassismus der „Identitären Bewegung“ ist verklausulierter als derjenige der „Alten Rechten“. Statt von „Rassen“ sprechen Neurechte wie die „Identitären“ von „Kulturen“. Vermeintlich werden diese „Kulturen“ als „gleichwertig“ beschrieben. Jede habe das Recht, sich „frei von äußeren Einflüssen“ zu entwickeln. Das „Ethnopluralismus-Konzept“ der Neuen Rechten bzw. der „Identitären Bewegung“ ersetzt die Hierarchie der „Rassen“ durch die Idee der gleichrangigen „Ethnien“, die als „organische Einheiten“ gedacht werden.

Das „Vermischungsverbot“ ist hier die zentrale Gemeinsamkeit mit dem biologischen Rassismus, wie er vom Nationalsozialismus vertreten wurde.⁷⁴ Dieses Konzept wird von der Neuen Rechten und den „Identitären“ als „Ethnopluralismus“ betitelt. Individuen werden einem „Volk“ und einem bestimmten Flecken Erde zugeschrieben, mit dem sie „naturgemäß“ verknüpft sind. Die „Identitären“ halten nur eine bestimmte Interpretation einer nationalen/regionalen oder europäischen Kultur für legitim. Sie ignorieren Widersprüche wie Gegenkulturen, aber auch die Tatsache, dass sich Kulturen in stetem Wandel und Austausch mit anderen Kulturen befinden bzw. der Begriff „Kultur“ an sich nicht trennscharf ist. Für diese Form des Ethnopluralismus sind „eigene“ und „fremde“ Kulturen fest vorgegeben, werden von bestimmten Menschen in bestimmten Regionen getragen und sollen nicht verändert werden.⁷⁵

Vor allem die Fixierung der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) auf eine „ethnische Homogenität“ als zentraler Wert für Gesellschaft und Demokratie belegt, dass die Ideologie der IBD die grundgesetzlich geschützte Menschenwürde und das Demokratieprinzip verletzt. So vertritt die IBD einen völkischen Staatsvolk-Begriff, der dem Verständnis des Grundgesetzes

gemäß Art. 116 GG widerspricht.⁷⁶ Weiter definiert die IBD „Staatsvolk“ als „Kultur-, Abstammungs- und Solidargemeinschaft“, wobei sie der Ethnie als der maßgeblichen Grundlage für Kultur und gesellschaftliche Zusammenarbeit den Vorrang einräumt. Daher spricht die IBD allen Migranten mit fremder bzw. außereuropäischer Herkunft jede Möglichkeit ab, Teil der deutschen Bevölkerung zu werden. Diese Positionen sind nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Ethnischen Minderheiten die Zugehörigkeit zum Staatsvolk zu verwehren richtet sich gegen die Menschenwürde des Art. 1 GG und verstößt gegen das Demokratieprinzip gemäß Art. 20 Abs. 1 und 2 GG, das eine freie und gleiche Teilhabe aller Staatsbürger voraussetzt.⁷⁷

4.2 Die Verschwörungserzählungen QAnon, „deep state“ und „the great reset“

Verschwörungserzählungen bzw. Verschwörungsmythen sind – neben den extremistischen Ideologieelementen und Narrativen – *ein* Faktor für Radikalisierungsprozesse von (gewaltbereiten) Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie Staatsleugnern. Die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und -mythen wird seit Beginn der Corona-Pandemie intensiv öffentlich, medial und politisch diskutiert. Auch Jahrhunderte nach der mittelalterlichen Pest-Verschwörungserzählung, Juden hätten die Brunnen vergiftet, sind Verschwörungserzählungen im Gesundheitsbereich weit verbreitet. So konnten psychologische Studien zeigen, dass eine Verschwörungsmentalität mit einer stärkeren Ablehnung der wissenschaftlichen Medizin und einer größeren Offenheit für alternative Heilmethoden einhergeht. Je stärker der Verschwörungsglaube, desto eher werden zum Beispiel Impfungen abgelehnt.⁷⁸

Nach Angaben der Ergebnisse der Mitte-Studie 2020/2021 ist eine Verschwörungsmentalität in Deutschland weit verbreitet. So glaubt beispielsweise jeder fünfte Befragte (22,9%) an „geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Ebenfalls jeder fünfte Befragte ist der Ansicht, „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten seien nur Marionetten dahinterstehender Mächte“ (20,5%) oder glauben, „Medien und Politik steckten unter einer Decke“ (24,2%). Sogar ein Drittel (32,3%) der Befragten der Mitte-Studie teilt eine wissenschaftsfeindliche Haltung und sagt, dass sie „ihren Gefühlen mehr vertrauten als sogenannten Experten“.⁷⁹ Weiter führt die Mitte-Studie in Bezug auf eine

Verschwörungsmentalität in der deutschen Bevölkerung aus, dass diese in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich stark verbreitet ist. 26,1% der Frauen glauben an Verschwörungen, 23,5% der Männer, bei jüngeren Menschen zwischen 16 und 30 Jahren glauben 14,4% an Verschwörungen, bei Menschen zwischen 31 und 60 Jahren wiederum 26,6%.

Zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich Menschen erheblich in einer Verschwörungsmentalität: Während 32,8% der Ostdeutschen an Verschwörungen glauben, sind es bei Westdeutschen 20,3%. Auch in Bezug auf den Bildungsgrad zeigen sich auffällige Unterschiede: Während Menschen mit formal hoher Bildung am wenigsten an Verschwörungen glauben (12,9%), glaubt etwa ein Viertel derer mit mittlerem Bildungsgrad (25,3%) und mehr als ein Drittel derer mit formal niedrigem Bildungsgrad (36,5%) an Verschwörungen.⁸⁰

Eine Bestätigung älterer Studien ist das Ergebnis der aktuellen Mitte-Studie, das besagt, dass Verschwörungsglauben und Gewaltbilligung zusammenhängen. So billigen knapp 14% der Befragten mit Verschwörungsmentalität die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer und sozialer Ziele, während bei Menschen ohne Verschwörungsmentalität ca. 4% angaben, die sie würden Gewalt zur Erreichung politischer und sozialer Ziele billigen.⁸¹

In einem Analyseschwerpunkt des Sonderlagebildes „Gefahren- und Risikopotenzial insbesondere durch Extremisten und fremde Dienste“, das nach der Herbsttagung der Innenministerkonferenz (IMK) im Dezember 2020 medial besprochen wurde, warnte das Bundesamt für Verfassungsschutz vor der QAnon-Bewegung und ihrer Verschwörungserzählung.

Die in den USA entstandene Vereinigung von Verschwörungsgläubigen findet auch in Deutschland Anhänger. Das Kernelement dieser Verschwörungstheorie ist die Behauptung, „ein im Verborgenen agierender, internationaler Ring von Pädophilen aus Geheimdiensten, Politik und Wirtschaft ermorde in unterirdischen Lagern Kinder, um aus ihrem Blut die lebensverjüngende Substanz Adrenochrom zu gewinnen.“

Die Verschwörungsanhänger steigern sich in den Wahn hinein, ein „deep state“ (tiefer Staat) sei zugange.“ Bei Corona-„Protesten“ in Berlin und anderen Städten trugen QAnon-Anhänger demonstrativ Kleidungsstücke mit einem „Q“ und die Verfassungsschutzbehörden führen aus, dass sowohl „Rechtsextremisten als auch eine Reihe von Reichsbürgern der QAnon-Theorie

anhängen“.⁸² Ein Anknüpfungspunkt für Rechtsextremisten biete die Behauptung der QAnon-Bewegung, die handelnden Eliten des „tiefen Staates“ seien „Linke, jüdischen Glaubens oder von Juden gesteuert“. Daher sehen die Verfassungsschutzbehörden die Gefahr, dass antisemitische und/oder gegen Politiker gerichtete Gewalttaten „mit der Behauptung einer Bedrohung durch den ‚tiefen Staat‘ legitimiert würden“.⁸³

Die Bundesregierung erklärte in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, dass Veranlasser und Verbreiter von Verschwörungsideologien mit Bezug auf die Corona-Krise sowohl „Akteure aus den Bereichen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ als auch Personen und Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum“ seien und dazu auch „rechtsextremistische Parteien“ gehören.⁸⁴

Weiter führt die Bundesregierung aus, dass „sowohl Reichsbürger und Selbstverwalter als auch Rechtspopulisten und Rechtsextremisten „Verschwörungsmymen verbreiten, die antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Ideologieelemente aufweisen. Diese Themen werden mit anderen Themen, wie z. B. dem vermehrten Zuzug von Flüchtlingen vor einigen Jahren, Kritik am Regierungshandeln insbesondere in der jetzigen Corona-Krise vermischt. So wird unter anderem ein sofortiger Einreisestopp für Asylsuchende gefordert, weil „Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge“ noch mehr Krankheiten mitbrächten. Neben dieser fremdenfeindlichen Abwertung finden sich in Beiträgen mit verschwörungstheoretischen Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19 Behauptungen, eine „jüdische Elite“ habe die Pandemie bewusst hervorgerufen. Weitere verschwörungstheoretische Aussagen gehen davon aus, dass das Coronavirus künstlich – als biologische Waffe – erschaffen worden sei.“⁸⁵

Explizit weist die Bundesregierung daraufhin, dass Grundlage vieler Verschwörungsideologien antisemitische Denkmuster seien, so dass vor allem Juden gefährdet seien, durch Verschwörungsideologien verstärkt Ausgrenzung und Diskriminierung zu erfahren. Zudem seien auch Mitarbeiter staatlicher Institutionen gefährdet, da sie als Teil der empfundenen Verschwörung wahrgenommen werden. Die Verbindung der „QAnon-Bewegung“ zur Coronakrise sah die Bundesregierung der letzten Legislaturperiode darin, dass innerhalb der „QAnon-Bewegung“ verbreitet sei, dass das Virus „dunklen Mächten genutzt“ werde, um die „Wirtschaft zu zerstören und/ oder die weltweite Bevölkerungskontrolle“ umzusetzen. So sei es nach Angaben der letzten Bundesregierung nicht auszuschließend, dass diese Offenheit dazu führt, dass rechtsextremistische Inhalte, beispielsweise Volksverhetzung oder

Holocaustleugnungen, innerhalb der „QAnon“-Bewegung veröffentlicht werden. Der Bundesregierung lagen bereits im Jahr 2020 Hinweise vor, dass sowohl Rechtsextremisten als auch eine Reihe von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ der „QAnon“-Theorie folgen.⁸⁶

Das Internet bietet Rechtsextremisten dabei ein hohes Potenzial an Öffentlichkeitswirksamkeit für Propaganda- und Rekrutierungszwecke. In Bezug auf die QAnon-Verschwörungserzählung bieten diese Rechtsextremisten einen Anknüpfungspunkt für die Behauptung, die handelnden Eliten des „tiefen Staates“ seien „Linke, jüdischen Glaubens bzw. von Juden gesteuert“. Daher sehen die deutschen Verfassungsschutzbehörden die Gefahr, dass antisemitische und/oder gegen Politiker gerichtete Gewalttaten „mit der Behauptung einer Bedrohung durch den ‚tiefen Staat‘ (‚deep state‘) legitimiert“ würden.

Mitte März 2020 wurde die deutsche Zeitschrift „COMPACT“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall Rechtsextremismus eingestuft. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, erklärte zu dieser Einstufung als Verdachtsfall Rechtsextremismus: „Das Magazin bedient sich revisionistischer, verschwörungstheoretischer und fremdenfeindlicher Motive“.⁸⁷ Im Jahr 2019 veröffentlichte „COMPACT“ eine Sonderausgabe über den angeblichen „tiefen Staat“, ein verschwörungstheoretisches Narrativ. In einem YouTube-Video erklärte der Chefredakteur Jürgen Elsässer, was es damit auf sich habe: "Darunter versteht man ein Geflecht aus Geheimdiensten, Wirtschaftsbossen, Börsengurus, linken Medien".⁸⁸ Seit spätestens 2017 wird das verschwörungstheoretische Narrativ „deep state“, „tiefer Staat“, benutzt, um verschwörungstheoretisch zu behaupten, eine verborgene Kooperation von Bürokraten, Geheimdiensten und Militär sei der „tiefe Staat“, der „Staat hinter dem Staat“, der demokratisch gewählten Politikern ihren Willen aufzwingt. Die Verschwörungstheorie „deep state“ wird u.a. von „COMPACT“ propagiert, dazu auch in rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Foren.

Die Akteure der Neuen Rechten in Europa adaptieren seit Beginn des 21. Jahrhunderts in Europa ihre Agitationsthemen, ihre Ideologieelemente, Narrative und Strategien. So wurde „das Anathema“ der Neuen Rechten, der „Identitären“, „Der große Austausch“ – seit der „europäischen Flüchtlingskrise“ 2015 dominierend –, im Jahr 2020 durch das Thema Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung ersetzt. „Das“ dominierende Narrativ der Neuen Rechten in Österreich und Deutschland ist nach Angaben der

DSN seit 2020 anstelle des „Großen Austausches“ die Theorie „The Great Reset“.⁸⁹ zum neuen propagandistischen und verschwörungsideologischen Schwerpunkt neurechter Gruppierungen. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gingen prominente Vertreter der Neuen Rechten auf ein Buch mit dem Titel „Covid-19: The Great Reset“ („Covid-19: Der große Umbruch“) ein. Dieses Buch beschreibt unter anderem „wie das neuartige Coronavirus so viel Zerstörung und Leid anrichten konnte und welche Änderungen für eine integrativere, robustere und nachhaltigere Welt erforderlich sind.“ Aus Sicht der Neuen Rechten geht es aber bei diesem Konzept vielmehr um den „perfiden Plan“ der „globalen Eliten“ und „Globalisten“, nach einer inszenierten Zerstörung der bestehenden Verhältnisse, eine „neue Welt“ nach ihren Vorstellungen aufzubauen. Vertreter der Neuen Rechten nutzten die Corona-Demonstrationen im Bundesgebiet, um diese Theorien öffentlichkeitswirksam zu propagieren.

5 Die Strategie der Neuen Rechten in der Corona-Pandemie in Österreich

Bei der Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstration am 4.12.2021 in Wien demonstrierten rund 42.000 Menschen in Wien gegen die Corona-Politik der österreichischen Bundesregierung. In Einzelfällen eskalierte die aufgeheizte Lage und Polizeibeamte wurden mit „pyrotechnischen Gegenständen“ beworfen, zwei Polizeibeamte dabei sogar verletzt. Auch prominente Vertreter der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ rund um deren „Gallionsfigur“ Martin S. nahmen an der Demonstration teil. Auf Transparenten waren Parolen wie „*Uns kriegt ihr nie*“, „*Wir sind das Volk*“ und „*Nein zum Impfzwang*“ zu lesen.⁹⁰

Die österreichische Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst führt im aktuellen Verfassungsschutzbericht 2020 aus dem Jahr 2021 aus, dass neurechte Gruppierungen in Österreich von Beginn der Corona-Pandemie an „die milieuübergreifenden COVID-19-Maßnahmen-Kundgebungen als Bühne“ nutzten, „um ihre Agitationen und Aktionen öffentlichkeitswirksam umzusetzen“. So zeigten neurechte Aktivisten von Beginn an Präsenz bei den Anti-Corona-Maßnahmen-Veranstaltungen und versuchten dem Protest Kampagnencharakter zu verleihen. So traten Aktivisten der „Identitären Bewegung Österreich“ (IBÖ) und der Gruppierung „Die Österreicher“ im Demonstrationsgeschehen der COVID-19-Maßnahmengegner oftmals prominent mit Spruchbändern und Plakaten in Erscheinung, um sich selbst als „rechte Bewegung der Straße“ zu inszenieren. Die Identitäre Bewegung (IBÖ) und „Die Österreicher“ sind nach Angaben der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst die bekannteste Vertreter neurechter Gruppierungen in Österreich. Wobei es zwischen der Identitären Bewegung (IBÖ) und „Die Österreicher“ große personelle wie auch inhaltliche Überschneidungen gebe.⁹¹

Weiter führt die österreichische DSN aus, dass es in der jüngsten Vergangenheit eine bekannte Strategie neurechter Ideologen war, Themen und Diskurse mit hoher emotionaler Wirkung aufzugreifen und zu besetzen. So wurde die Handschrift der führenden Ideologen der IBÖ bzw. von DO5 „Die Österreicher“ im Jahr 2020 vor allem bei den Protesten gegen die COVID-19-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung sichtbar. Die IBÖ und „Die Österreicher“ (DO5) nutzten die Corona-Pandemie strategisch, um sich im emotional geführten Diskurs rund

um die COVID-19-Maßnahmen zu positionieren.⁹² Dabei gelang es den Neuen Rechten nach Angaben der DSN, ihre verschwörungsideologischen Deutungsmuster der Pandemie einer breiteren Bevölkerungsschicht zugänglich zu machen. So seien anfänglich seitens der neurechten Gruppierungen Ängste und Unsicherheiten der österreichischen Bevölkerung geschürt und die COVID-19-Pandemie mit Falschmeldungen über eine bevorstehende nächste „Migrationswelle“ vermengt worden. Weiter konstatiert die DSN, dass die Führungskader der Neuen Rechten in der Pandemie rechtsextremistische Ideologieelemente und Narrative wie Anti-Asyl, „der große Austausch“ und Islam-/Muslimfeindlichkeit bewusst mit Kritik an Corona-Maßnahmen verknüpfen und diese instrumentalisieren. So thematisierten die Neuen Rechten in Österreich in diesem Kontext auch die Gefahr eines angeblichen österreichischen „Überwachungsstaates“. Dabei wurden die COVID-19-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung scharf kritisiert und zu gemeinsamen Protestkundgebungen gegen die „Virus-Diktatur“ aufgerufen. Die Spruchbänder und Verschwörungserzählungen der IBÖ/ DO5 seien nach Angaben der DSN damit teilweise zum „Slogan der COVID-19-Protestbewegung in Österreich“ geworden.⁹³

6 Fazit und Ausblick

Der oben dargelegte Trend, weg vom „alten“ Rechtsextremismus, dem Rechtsextremismus von gewaltbereiten Neonazis und offensichtlich „subkulturellen Rechtsextremisten“, hin zum neuen Rechtsextremismus schließt keineswegs aus, dass es zukünftig weiterhin einen fließenden Übergang von Rechtsextremismus zu Rechtsterrorismus geben wird. Im Gegenteil. Die Ideologieelemente und Narrative des neuen Rechtsextremismus wollen diesen der „Mitte der Bevölkerung“ näherbringen. Der neue Rechtsextremismus will sich der „Mitte der Bevölkerung“ in Europa annähern. Beispiele für einen fließenden Übergang von Rechtsextremismus zu Rechtsterrorismus werden im nächsten Paper untersucht.

Die obige Analyse der aktuellen Akteure und Trends von Rechtsextremisten und Staatsleugnern zeigt, dass diese Akteure ihre Strategien und Narrative stark an aktuelle politische Themen wie die „europäische Flüchtlingskrise“ sowie die Corona-Pandemie ausrichten und dort zu polarisieren versuchen.

Die Zahl der Rechtsextremisten, Staatsleugner, Staatsgegner, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Europa wächst seit Jahren stetig, aktuell nochmals deutlich verschärft durch die Corona-Pandemie. Die „Querdenken“-Bewegung könnte erst der Anfang gewesen sein. Es gibt weiteres Potenzial für Bewegungen von Radikalierten. Es wird offen zum Widerstand gegen demokratische Staaten aufgerufen. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine ist zu konstatieren, dass eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Europa in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich zu Zahlen von Radikalierten, von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten führen wird, die in der Geschichte Europas nach 1945 noch nie erreicht wurden.

In Bezug auf den aktuellen Angriffskrieg Russlands auf das europäische Land Ukraine ist festzustellen: In den letzten Jahren ist ein Trend der Internationalisierung, der Vernetzung im europäischen Rechtsextremismus zu beobachten. Realweltlich personell im Rahmen von Kampfsportturnieren wie „Kampf der Nibelungen“ sowie rechtsextremistischen Musikkonzerten. Virtueller auf zahlreichen Websites mit rechtsextremistischen Inhalten sowie in den Sozialen Netzwerken. Europäische Rechtsextremisten sind sich darüber einig, dass sie die liberalen, pluralistischen Demokratien Europas, die europäische demokratische Werteordnung

ablehnen. Diese Demokratiefeindlichkeit europäischer Rechtsextremisten und dieser Konsens könnte ein strategisches Einfallstor für eine Einflussnahme durch das System Putin darstellen. Beispielsweise im Rahmen von Fake News auf der Ebene Psychological Warfare im Internet, auf Websites, in den Sozialen Netzwerken. Aber auch finanzielle Unterstützung von (gewaltbereiten) Rechtsextremisten in Europa durch russische Akteure ist denkbar. Europäische Rechtsextremisten und Rechtsextremisten weltweit lehnen liberale Demokratien ab. Das System Putin befindet sich nun in einem neuen Ost-West-Konflikt, der im Augenblick die Eskalationsstufe eines Angriffskrieges auf einen souveränen europäischen Staat, die Ukraine, erreicht hat. In diesem neuen Ost-West-Konflikt könnten Akteure des Systems Putin strategische Partnerschaften mit europäischen Rechtsextremisten eingehen. Dem sollten die Regierungen der europäischen Länder, ihre Sicherheitsbehörden, aber auch wissenschaftliche Institute und die Medien Ressourcen, Maßnahmen, Programme und Forschung entgegensetzen.

Die oben illustrierten Akteure und Trends von Rechtsextremismus und Staatsleugnern sowie ihre virtuelle Vernetzung stellen aktuell und prognostisch für viele Jahre eine große Herausforderung für die Politik, die Sicherheitsbehörden, die Akteure von Prävention und Deradikalisierung sowie die Zivilgesellschaften Europas dar.

7 Autor

Stefan Goertz

Dr. Stefan Goertz ist Professor für Sicherheitspolitik, Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck. Studium u.a. in Berlin und in Damaskus/Syrien. Promotion in Kanada und an der Universität der Bundeswehr, München. Auslandseinsätze als Offizier der Bundeswehr in Bosnien (EU) und im Libanon (UNO). Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, Islamistischer Terrorismus, Islamismus, Salafismus, Organisierte Kriminalität sowie Cybercrime. Aktuelle Bücher: Politisch motivierte Kriminalität. Radikalisierung und Extremismus (2. Aufl.), C.F. Müller/Kriminalistik; Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland, Verlag Deutsche Polizeiliteratur; Terrorismusabwehr. Zur aktuellen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland und Europa (3. Aufl.), Springer VS; Islamistischer Terrorismus, 2. Auflage, C.F. Müller/Kriminalistik.

8 Referenzen

- ¹ Vgl. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (20.2.2022)
- ² <https://twitter.com/nancyfaeser/status/1467834923880960000> (22.2.2022)
- ³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article236207852/Bundestag-Faeser-sagt-Rechtsextremismus-mit-Aktionsplan-den-Kampf-an.html> (23.2.2022).
- ⁴ Vgl. ebd.,
- ⁵ https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html
- ⁶ Vgl. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 53.
- ⁷ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte, Dezember 2018, S. 32.
- ⁸ Vgl. ebd., S. 33-34.
- ⁹ Vgl. ebd., S. 34; Goertz, S. (2022): Extremismus und Sicherheitspolitik. Studienkurs für die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden. Wiesbaden, S. 60-61.
- ¹⁰ Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html#doc714132bodyText2 (23.2.2022) Goertz, S. (2022): Extremismus und Sicherheitspolitik. Studienkurs für die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden. Wiesbaden, S. 62.
- ¹¹ Vgl. ebd.
- ¹² Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte, Dezember 2018, S. 36.
- ¹³ Vgl. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (24.2.2022), S. 74.
- ¹⁴ Vgl. ebd., S. 75.
- ¹⁵ Vgl. ebd.
- ¹⁶ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Heimat und Heimat (2021): Verfassungsschutzbericht 2020, S. 79-80.
- ¹⁷ Vgl. ebd.
- ¹⁸ Vgl. ebd., S. 76.
- ¹⁹ Vgl. ebd.
- ²⁰ Vgl. https://www.zeit.de/hamburg/politik-wirtschaft/2017-02/identitaere-bewegung-hamburg-rechtsextremismus/komplettansicht?utm_referer=https://www.deutschlandfunk.de/burschenschaften-identitaere-afd-da-existieren-einige-100.html; (24.2.2022).
- ²¹ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz: Identitäre Bewegung Deutschland (IBD). Ideologie und Aktionsfelder, 3. Auflage, Hannover 2016, S. 6.
- ²² Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 10; Goertz, S. (2021): Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland. Hilden, S. 62-63.
- ²³ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-03/frankreich-generation-identitaire-rechtsextremismus-verbot-gerald-darmanin> (25.2.2022).
- ²⁴ Zit. nach: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 11.
- ²⁵ Zit. nach: ebd., S. 16.
- ²⁶ Vgl. Goertz, Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland, 2021, S. 63-64.
- ²⁷ Zit. nach: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 17.
- ²⁸ Vgl. ebd., S. 23.
- ²⁹ Markus Willinger: Die identitäre Generation. Eine Kriegserklärung an die 68er, 2013, S. 24f.; zitiert nach: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 24.
- ³⁰ Zitiert nach: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 30.
- ³¹ Ebd.
- ³² Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 31.
- ³³ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 30.
- ³⁴ Vgl. ebd.; Goertz, S. (2022): Extremismus und Sicherheitspolitik. Studienkurs für die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden, Wiesbaden, S. 73-74.
- ³⁵ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz, 2016, S. 42.

-
- ³⁶ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Verfassungsschutzbericht 2020, Juni 2021, S. 79.
- ³⁷ Vgl. ebd.
- ³⁸ Vgl. Goertz, S. (2022): Extremismus und Sicherheitspolitik. Studienkurs für die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden, Wiesbaden, S. 73-75.
- ³⁹ Vgl. <https://www.derstandard.de/story/2000124394268/verbot-der-rechtsextremen-identitaeren> (26.2.2022).
- ⁴⁰ Vgl. <https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/IBOe+demonstriert+gegen+Lambda-Verbot> (26.2.2022).
- ⁴¹ Zitiert nach: <https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/IBOe+demonstriert+gegen+Lambda-Verbot> (27.2.2022).
- ⁴² https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (28.2.2022).
- ⁴³ Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (28.2.2022).
- ⁴⁴ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Verfassungsschutzbericht 2020, S. 113; Goertz, S. (2022): Extremismus und Sicherheitspolitik. Studienkurs für die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden, S. 125-126.
- ⁴⁵ <https://www.derstandard.at/story/2000130478849/was-fuer-ein-bloedsinn-ein-staatsverweigerer-und-sein-wien-der/> (1.3.2022).
- ⁴⁶ Vgl. <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/3693-staatsleugner-sind-bisher-bekannt-97272769> (1.3.2022).
- ⁴⁷ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/2017-04/staatsverweigerer-oesterreich-staatsleugner-gesetz-verbot/komplettansicht> (2.3.2022).
- ⁴⁸ Vgl. <https://www.zeit.de/politik/2017-04/staatsverweigerer-oesterreich-staatsleugner-gesetz-verbot/komplettansicht> (2.3.2022).
- ⁴⁹ Vgl. <https://kurier.at/chronik/oesterreich/staatsverweigerer-12-jahre-haft-fuer-praesidentin/401072787> (2.3.2022).
- ⁵⁰ Vgl. <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2124610-Staatsverweigerer-gestand-staatsfeindliche-Verbindung.html> (5.3.2022).
- ⁵¹ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Verfassungsschutzbericht 2020, S. 114.
- ⁵² Vgl. ebd., S. 114.
- ⁵³ Vgl. ebd.
- ⁵⁴ Vgl. ebd., S. 114-115.
- ⁵⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Verfassungsschutzbericht 2020, S. 119.
- ⁵⁶ Vgl. ebd.
- ⁵⁷ Vgl. ebd.
- ⁵⁸ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Verfassungsschutzbericht 2018, S. 99-100.
- ⁵⁹ Vgl. Goertz, S. (2022): Extremismus und Sicherheitspolitik. Studienkurs für die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden, S. 137.
- ⁶⁰ Vgl. ebd., S. 137-138.
- ⁶¹ Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (5.3.2022).
- ⁶² Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (5.3.2022).
- ⁶³ Vgl. ebd.
- ⁶⁴ https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (5.3.2022).
- ⁶⁵ Zitiert nach: Scharloth, Joachim: Die Sprache der Neuen Rechten. In: Deutsche Polizei 5/2020, S. 16-18.
- ⁶⁶ Zitiert nach ebd.
- ⁶⁷ Zitiert nach ebd.
- ⁶⁸ https://www.verfassungsschutz.bayern.de/weitere_aufgaben/islamfeindlichkeit/index.html (5.3.2022).
- ⁶⁹ Bundesamt für Verfassungsschutz: Kompendium des BfV. Darstellung ausgewählter Arbeitsbereiche und Beobachtungsobjekte, Dezember 2018, S. 20; Goertz, S. (2022): Extremismus und Sicherheitspolitik. Studienkurs für die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden, S. 116-117.

⁷⁰ Vgl. Zentrum Innere Führung/Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst: Die Verteidigung unserer Werte: Gemeinsam gegen Extremismus, Koblenz 2020, S. 24–25.

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. ebd.

1.1 ⁷³ Vgl. ebd.

⁷⁴ Vgl. Backes, Uwe/Nattke, Michael: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, in: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe E. (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention, Wiesbaden 2020, S. 71.

⁷⁵ Vgl. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/241438/die-identitaeren-mehr-als-nur-ein-internet-phaenomen> (5.3.2022).

⁷⁶ Vgl. Zentrum Innere Führung/Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst, 2020, S. 27.

⁷⁷ Vgl. Zentrum Innere Führung/Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst, 2020, S. 27.

⁷⁸ Vgl. Imhoff, R./Lamberty, P. (2020): A bipweapen or a hoax? The link between distinct cosporacy beliefs about the Coronavirus diseases (COVID-19) outbreak and pandemic behavoiur. Social Psychological and Personality Science, 11, 8, S. 1110-1118; . Lamberty, P./Rees, J. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Schröter, 2021, Die geforderte Mitte, S. 287.

⁷⁹ Vgl. Lamberty, P./Rees, J. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Schröter, F. (2021) (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, S. 289.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 290-291.

⁸¹ Vgl. ebd.

⁸² Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/eine-hoehst-dynamische-situation-verfassungsschutz-befuerchtet-folgen-durch-verschwörungstheoretiker-fuer-superwahljahr-2021/26707722.html> (5.3.2022); Goertz, S. (2021): „Corona-Protteste“ und der Einfluss von Extremisten. In: Forum Kriminalprävention 2/2021, S. 6-7.

⁸³ Vgl. ebd.

⁸⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (2020): Drucksache 19/21139 19. Wahlperiode 17.07.2020. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/19785 – Verschwörungsideologische Kampagnen, Veranstaltungen und Gruppierungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/211/1921139.pdf>, S. 3 (5.3.2022).

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 4.

⁸⁶ Vgl. ebd.; Goertz, S. (2021): „Corona-Protteste“ und der Einfluss von Extremisten. In: Forum Kriminalprävention 2/2021, S. 7; Goertz, S. (2022): Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. „Querdenker“: Ihre Akteure, Ideologieelemente und ihr Gewaltpotenzial. In: Kriminalistik 3/2022, S. 166.

⁸⁷ Zitiert nach: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/das-magazin-das-jetzt-auch-der-verfassungsschutz-liest-a-2dd9ac07-47bc-4461-9962-b9078274b925> (6.3.2022).

⁸⁸ Zitiert nach: ebd.

⁸⁹ Vgl. https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2020_Webversion_BF.pdf, S. 20 (6.3.2022).

⁹⁰ <https://www.welt.de/politik/ausland/article235472546/Corona-Demos-40-000-Menschen-protestieren-in-Wien-Markt-in-Luxemburg-gestuermt.html> (6.3.2022).

⁹¹ Vgl. https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/VSB_2020_Webversion_BF.pdf, S. 18

⁹² Vgl. ebd., S. 19.

⁹³ Vgl. ebd.